



FORTSCHRITT MIT GESCHWINDIGKEIT 2022+

Aufbruch in ein Jahrzehnt
der nachhaltigen Erneuerung von Staat,
Wirtschaft und Gesellschaft

POSITIONSPAPIER VON
DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

IM WINTER 2021



Die Bundestagswahl 2021 hat eine politische Zeitenwende eingeläutet. Sie besiegelt nicht nur das Ende der Ära Merkel, sie bietet zum dritten Mal nach 1969 und 1998 die historische Chance für einen Aufbruch in eine neue Zeit. Das Wahlergebnis des 26. Septembers 2021 hatte eine unmissverständliche Botschaft: Ein bloßes „Weiter so“ wurde abgewählt, es ist Zeit für Veränderung. Die Bürger:innen haben diejenigen politischen Kräfte gestärkt, die mit einer – wenn auch unterschiedlich interpretierten – Fortschrittsorientierung verbunden werden. Nun ist eine von SPD, Grünen und FDP geführte Koalition der progressiven Mitte möglich. Ein Ampelbündnis kann eine mutige und vorwärtsorientierte Politik für die 2020er Jahre auf den Weg bringen. Doch welche Zutaten braucht es für eine progressive Regierungspolitik 2022+, die einen Aufbruch wagen will?

*Ein Papier des Progressiven Zentrums. Autor:innen in alphabetischer Reihenfolge:
Paulina Fröhlich, Thomas Kralinski, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial,
Florian Ranft, Dominic Schwickert, Judith Siller.*

EXECUTIVE SUMMARY

- *Der Aufbruch ist nah. Beim Dringlichkeitsempfinden gegenüber den großen Herausforderungen sind die Menschen im Land mehrheitlich der Politik weit voraus. Auch deshalb kommt es nun auf Geschwindigkeit an: Die neue Regierung muss politische Handlungsfähigkeit beweisen und für schnelle Umsetzung sorgen.*
- *Es besteht die historische Chance, im anstehenden Veränderungsjahrzehnt ein Bündnis zwischen höchst heterogenen gesellschaftlichen Gruppen zu schmieden. Die Verbindung von sozialer, liberaler und ökologischer Politik trifft derzeit auf breite Zustimmung in der deutschen Gesellschaft.*
- *Gleichzeitig gelingt echter Fortschritt langfristig nicht über technokratische Governance-Strategien, sondern indem das Zukunftsversprechen der neuen Regierung inhaltlich und kommunikativ die ganze Gesellschaft überzeugt.*
- *Dabei geht es um zwei Ziele, die programmatisch in den Ampel-Parteien verwurzelt sind: Erstens, eine liberale Gesellschaftspolitik und Politik des sozialen Aufstiegs, in der heutige und zukünftige Generationen glücklich werden können. Und zweitens, die dringende Neuorganisation von unserer Wirtschaft, die im Einklang mit Klimagerechtigkeit und guter sowie sicherer Beschäftigung steht und den globalen Herausforderungen von Wettbewerbsfähigkeit gerecht wird. In dieser gesellschaftlich inklusiven Transformation liegt die Fortschrittsleistung.*
- *Wenn es der neuen Ampel-Regierung gelingt, den notwendigen Fortschritt für Innovation, Gerechtigkeit und Klimaschutz mit einem hohen Maß an Geschwindigkeit zu verbinden, dann könnte die Koalition nicht nur das Mandat für weitere Legislaturperioden erhalten, sie kann auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und das Vertrauen in unsere Demokratie stärken.*

DEUTSCHLAND 2021: VERPASSTES JAHRZEHT

In den vergangenen 16 Jahren unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ist Deutschland unter seinen Möglichkeiten geblieben. Richtungsweisende Entscheidungen wurden fast ausschließlich reaktiv als Antworten auf krisenhafte Entwicklungen getroffen. Die europäische Stabilisierungspolitik nach der Finanzkrise, der Atomausstieg, die humane Flüchtlingspolitik 2015/2016, die Einigung auf den europäischen Wiederaufbaufonds 2020 - keine dieser Entscheidungen waren das Ergebnis proaktiver Politik, obwohl die Dringlichkeit der Themen schon lange vorher absehbar war.

Dieser Ansatz hat dazu geführt, dass auf vielen entscheidenden Zukunftsfeldern große Herausforderungen immer noch auf ihre Lösungen warten. Einen politischen Neustart hat es nach der globalen Finanzkrise 2008/09 nicht gegeben, auch weil Progressive das Vertrauen der Wähler:innen nicht in ausreichendem Maß gewinnen konnten. Heute spielt Deutschland auf zu vielen Gebieten weit unter seinen Möglichkeiten – zum Beispiel, wo es um die ökologische Transformation, die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft,

die Handlungsfähigkeit der Verwaltung oder die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft geht.¹ Gesellschaftliche Entwicklungen wie das sinkende Vertrauen in demokratische Institutionen oder die abnehmende Qualität des sozialen Zusammenhalts markieren ebenfalls erheblichen Handlungsbedarf.² Auch was das selbstgesteckte Ziel eines “klimaneutralen Deutschlands” oder der strategischen Positionierung im Systemwettbewerb mit China und anderen Ländern betrifft,³ klaffen Anspruch und Wirklichkeit eklatant auseinander. Die Lebensqualität in Deutschland ist hoch, aber offensichtliche soziale Missstände und ungenutzte wirtschaftliche Potenziale werden nicht offensiv genug angepackt. Das muss sich ändern.

„Anspruch und Wirklichkeit klaffen in Deutschland eklatant auseinander. Zwar ist die Lebensqualität in Deutschland hoch. Offensichtliche soziale Missstände werden aber nicht offensiv genug angepackt.“

1 Siehe Europäische Kommission, The Digital Economy and Society Index (DESI) 2021, abrufbar unter: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi>

2 Siehe OECD, How's Life? 2015: Measuring Well-being, Paris 2015, abrufbar unter: <https://www.oecdbetterlifeindex.org/de/countries/germany-de>

3 Beim Climate Change Performance Index rangiert Deutschland mittlerweile unter dem EU-Mittelwert auf Platz 19, siehe Jan Burck/Thea Uhlrich/Christopf Bals/Niklas Höhne/Leonardo Nascimento, Climate Change Performance Index: Results 2022. Monitoring Climate Mitigation Efforts of 60 Countries plus the EU - covering 92% of the Global Greenhouse Gas Emissions, Germanwatch, NewClimate Institute & Climate Action Network, 2021, abrufbar unter: https://ccpi.org/wp-content/uploads/CCPI-2022-Results_2021-11-10_A4.pdf

DEUTSCHLAND 2022+: CHARAKTER EINER KOALITION DER PROGRESSIVEN MITTE

Eine Politik der progressiven Erneuerung muss in den Modus der proaktiven Gestaltung wechseln, sie muss Treiberin des Fortschritts werden. Dieser Neuanfang ist anspruchsvoll: Eine Erneuerungscoalition muss mutig, integrativ und europäisch sein. Und sie muss Politik beschleunigen, ohne die Menschen mit Reformvorhaben zu überfahren.

1. GESCHWINDIGKEIT: Eine neue Regierung wird nur erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, mehr Geschwindigkeit in die anstehenden Veränderungen zu bringen. Wenn wir sozialen Fortschritt und Klimaneutralität erreichen wollen, muss unsere Demokratie in vieler Hinsicht schneller werden. Ein Schlüssel dafür ist die drastische Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Vonnöten ist etwa mehr Geschwindigkeit beim Ausbau von Infrastruktur – bei Stromtrassen und Windrädern, bei Breitband und Mobilfunk, beim Ausbau von Schienen und Wasserstoffleitungen. Wir brauchen mehr Geschwindigkeit bei der Digitalisierung der deutschen Verwaltung, des Bildungs- und Gesundheitssystems und beim Wohnungsbau. Nur wenn es gelingt, bei diesen Themen innerhalb der neuen Legislaturperiode substantielle Fortschritte zu erzielen, wird diese Regierung sich selbst und den Erwartungen der Bevölkerung gerecht.

„Wenn wir sozialen Fortschritt und Klimaneutralität erreichen wollen, muss unsere Demokratie in vieler Hinsicht schneller werden.“

- 2. BREITE UND INTEGRATIVE GESELLSCHAFTLICHE BÜNDNISSE:** Die Parteien einer sozial-ökologisch-liberalen Koalition haben ihr politisches Mandat von ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erhalten. Arbeiter:innen, Arbeitslose, Angestellte und Ältere haben das Kreuz mehrheitlich bei der SPD gemacht, die auch die größte Zahl an Direktmandaten gewinnen konnte – in Stadt und Land, in Ost- und Westdeutschland. Viele Selbständige und Unternehmer:innen haben die FDP gewählt, viele Großstädter:innen und Beamt:innen die Grünen – und die jüngere Generation in starkem Maße Grüne und FDP.⁴ Gleichwohl muss sich die Koalition als Allianzschmiede verstehen, die ein breites gesellschaftliches Bündnis zwischen zivilgesellschaftlich Engagierten (von Fridays for Future bis Civic Tech), auf sozialen Ausgleich bedachte gesellschaftliche Akteur:innen (Gewerkschaften, Sozialverbände etc.) und der Unternehmer:innenschaft (Mittelstand, Startups und Dax-Unternehmen) verbindet.
- 3. MUT ZUR VERÄNDERUNG:** Allen Beteiligten muss klar sein, dass die aktuellen Herausforderungen mindestens so groß sind wie zum Ende der 1990er Jahre. Damals hing Deutschland als “kranker Mann von Europa” in einer ökonomischen und sozialen Talsohle fest. Zwar leben wir heute in relativer wirtschaftlicher und politischer Stabilität – aber nur auf den ersten Blick. Ähnlich wie damals sind grundlegende, strukturelle Veränderungen notwendig, die bisweilen “ungemütlich” werden könnten. Die Bürger:innen wissen, dass stetiger Wandel die Voraussetzung ist,

⁴ Siehe Tagesschau, Bundestagswahl 2021: Wen wählten Angestellte und Arbeiter?, 27. September 2021, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-job.shtml>

um Wohlstand, Sicherheit und Stabilität zu bewahren.⁵ Progressive Politik kann den Bürger:innen dabei etwas zumuten, solange die Bundesregierung die damit verbundenen Ziele klar kommuniziert, die Umsetzung von Maßnahmen im Dialog begleitet und Veränderungsprozesse vorausschauend sozial abfedert.

- 4. EUROPÄISCH:** Von der Klimapolitik bis zur Migration – die großen Aufgaben sind nur gesamteuropäisch und in internationalen Bündnissen lösbar. Europa und die Welt schauen auf Deutschland. Daraus und aus unserer politischen und ökonomischen Stärke ergibt sich eine besondere Verantwortung. Deshalb muss die Binnenfixierung einer Mittelmacht im Herzen Europas als eigenes Thema auf den Prüfstand. Die

neue Regierung kann mehr, als in Europa vermitteln. Sie sollte Treiberin und Agentin des Wandels sein. Auch eine aktive Vermittlungsrolle mit klaren Positionen gegenüber Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit und umfassenden Reformvorhaben der EU-Architektur ist denkbar. Ziel ist eine neuer außenpolitischer Kurs mit Werteorientierung und ohne Dominanzgebaren und hegemoniale Attitüde.

„Europa und die Welt schauen auf Deutschland. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung: Die Binnenfixierung einer Mittelmacht im Herzen Europas muss als eigenes Thema auf den Prüfstand.“

ZUTATEN FÜR EIN VERBINDENDES SOZIAL-ÖKOLOGISCH-LIBERALES NARRATIV

Keine Partei hat die Idee des Aufbruchs exklusiv für sich gepachtet. SPD, Grüne und FDP sind allesamt Parteien des Fortschritts und sind von der Überzeugung bestimmt, die Welt verändern und verbessern zu können. Sie sind aus Emanzipationsbewegungen entstanden, wenngleich sich die historischen Kontexte, die prägenden Milieus, Entwicklungsmuster und politischen Ziele bis heute voneinander unterscheiden.

So schufteten die Gründungsmütter und -väter der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert unter widrigen Bedingungen – und schlossen sich in dem Glauben zusammen, den eigenen ebenso wie den kollektiven Aufstieg schaffen zu kön-

nen. Seither kämpfen sie für die Rechte und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer:innen, für die Emanzipation der Frauen sowie gleiche und gute Bildungs- und Lebenschancen für möglichst alle Menschen. Die Wurzeln der Grünen liegen in der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung, der Frauen- und Friedensbewegung. Die Wurzeln von SPD und Grünen liegen gleichermaßen auch in der ostdeutschen Umwelt-, Bürgerrechts- und Freiheitsbewegung. Ihr gemeinsamer Fluchtpunkt ist die demokratische und nachhaltige Gestaltung einer “krisenfesten Gesellschaft”, wie es im Grundsatzprogramm der Grünen heißt. Die deutschen Liberalen entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Freiheits- und

⁵ Siehe dazu Yasemin El-Menouar/Kai Unzicker; Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit: Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2021, abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/klimawandel-vielfalt-gerechtigkeit>

Fortschrittsbewegung. Im Geiste der Aufklärung stritten sie früh für die nationale Einheit, für Verfassung, demokratische Reformen und gleiche Bürgerrechte. Spätestens seit Ende der sechziger Jahre versteht sich die FDP als Reformpartei mit dem Ziel, durch einen höheren Grad an Innovationen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft breiten Teilen der Bevölkerung sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Wie bereits in der sozial-liberalen Koalition von 1969 bis 1982 unter den Kanzlerschaften von Willy Brandt und Helmut Schmidt liegt auch in der aktuellen Konstellation für die FDP eine große Chance, sich als Kraft der Erneuerung zu präsentieren.

Trotz aller programmatischer Unterschiede: Die Fortschrittsorientierung in seinen verschiedenen Facetten ist ein verbindendes Merkmal der drei Parteien. Die zentrale Frage, die die Fortschrittskoalierende nun zu beantworten haben, ist die nach ihrer spezifischen Erzählung. Denn ein solches eigenes Koalitionsnarrativ, das einerseits die jeweiligen Partei-Milieus miteinander verbindet und andererseits auch in der Gesellschaft Strahlkraft besitzt und mehrheitsfähig ist, ist für die Begründung, Sinnstiftung und Legitimation der anstehenden Veränderungen dringend vonnöten. Aufbruch – aber wohin und wie? Die Fragen nach den größeren Linien, nach konkreten Zielen, aber auch nach einer glaubwürdigen Operationalisierbarkeit von Zieldefinitionen sind entscheidend.

„Aufbruch – aber wohin und wie? Die Fragen nach den großen Linien, nach konkreten Zielen, aber auch nach einer glaubwürdigen Operationalisierbarkeit von Zieldefinitionen sind für die neue Bundesregierung entscheidend.“

Damit die Zusammenarbeit der drei Parteien gelingen kann, sollten die Koalitionäre zunächst einmal ihre jeweiligen Vorstellungen von fortschrittlicher Politik offen thematisieren und als komplementär begreifen. Grundlegend – und als größter gemeinsamer Nenner – eint sie die Idee einer liberalen und ermöglichenden, dynamischen sowie erneuerungs- und vorwärtsorientierten Politik. Ein Fokus auf streng segmentierte Arbeitsteilung innerhalb einer versäulten Regierung wäre angesichts der kommenden Herausforderungen nicht nur viel zu wenig. Es hieße auch, die – vielleicht einmalige – Chance zum Aufbruch in eine Gesellschaft fahrlässig zu verspielen, die den großen ökologischen, sozialen, digitalen und wirtschaftlichen Herausforderungen wirklich Paroli bietet und unser Land im Sinne einer gesellschaftlich inklusiven Transformation zukunftsfähig macht.

„Leitformel der sozial-ökologisch-liberalen Erneuerung kann eine zeitgemäße Auslegung des Freiheitsbegriffs als zentraler Bestandteil eines modernen Liberalismus sein, ein regulativer oder „einbettender“ Liberalismus“

Leitformel der sozial-ökologisch-liberalen Erneuerung kann eine zeitgemäße Auslegung des Freiheitsbegriffs als zentraler Bestandteil eines modernen Liberalismus sein, ein regulativer oder „einbettender“ Liberalismus, wie ihn z.B. der Soziologe Andreas Reckwitz vorschlägt⁶, und der sich am Befähigungsansatz nach Martha Nussbaum und Amartya Sen orientiert. Demnach ist eine liberale Gesellschaft dann stark, wenn sie über starke infrastrukturelle, materielle und rechtliche Rahmenbedingungen verfügt, die ein selbstbestimmtes Leben tatsächlich ermöglichen. Es geht dabei nicht zuletzt um eine

6 Siehe Andreas Reckwitz, Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin 2019, S. 239-304.

Neubegründung unserer Marktwirtschaft, die gerade aus fairen und sozial-ökologischen Regeln neue Kraft gewinnt.

Unübersehbar ist, dass sich die Freiheits- und Fortschrittsvorstellungen der Ampel-Parteien zum Teil deutlich unterscheiden. Zwar bekennen sich alle drei Parteien grundsätzlich zur Verantwortung für die Freiheit künftiger Generationen. Jedoch betonen die Einen die wirtschaftlichen und fiskalischen Freiheiten und setzen gerade in der Klimafrage stärker auf ökonomisch-technologische Lösungen des Markts, statt auf den Staat. Die Anderen hingegen heben die ökologisch-soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung hervor und adressieren offensiver die kommenden Generationen in ihrer Freiheitsvorstellung. Für sie kann Fortschritt auch darin bestehen, im Hier und Jetzt durch den Staat Einschränkungen zu organisieren, also die Freiheit in der Gegenwart zugunsten von Freiheiten der Zukunft zu reduzieren. Wie kann diese "zukünftige Freiheit" garantiert werden? Hierzu müssen die Ampel-Parteien ein gemeinsames Verständnis entwickeln.

Fest steht: Das gemeinsame Fundament der drei Partner ist, dass sie die Defizite der Gegenwart nicht hinnehmen wollen. Ihre Perspektive ist nicht die Bewahrung einer idealisierten Ver-

gangenheit, sondern eine *neue Zukunft*. Eine Zukunft, die so vielen Menschen wie möglich ein selbstbestimmtes Leben und Verwirklichungspotenziale gewährt. Mögen sich auch die Schwerpunkte, Herleitungen und Argumentationsmuster bei den drei politischen Strömungen unterscheiden, bei grundlegenden politischen Zielen ergibt sich eine hohe Übereinstimmung: mehr reale Freiheit und "Lebenschancen" (Ralf Dahrendorf), weniger Ungleichheit und Ausgrenzung, mehr Teilhaberechte und partizipative Demokratie und weniger Diskriminierung, mehr Anstrengung in der Klimafrage, ein handlungsfähiger Staat und weniger Hindernisse für wirtschaftliches Handeln. Letztlich bedeutet das, dass „positive und negative Freiheit“ (Isaiah Berlin), also die Freiheit „zu“ (z.B. politischer Teilhabe) und „von“ (z.B. Bevormundung) nicht gegeneinander ausgespielt, sondern in eine neue Balance gebracht werden.

„Die Perspektive der Ampel-Koalition ist nicht die Bewahrung einer idealisierten Vergangenheit, sondern eine neue Zukunft. Eine Zukunft, die so vielen Menschen wie möglich ein selbstbestimmtes Leben und Verwirklichungspotenziale gewährt.“

HANDLUNGSFELDER EINER REFORMAGENDA: DIE DREI IS

Die Ampel-Parteien werden auf der Basis eines neuen gemeinsamen Selbstverständnisses gemeinsame politische Ziele formulieren müssen, die in ein kohärentes Narrativ eingebettet sein sollten. Dabei bietet sich die gesellschaftlich inklusive Transformation als Zielbild an. Wir schlagen vor, in Anlehnung an Ideen von Wolfgang Schroeder die Begriffe Innovation, Investition und Integration ins Zentrum dieser Zielformulierung zu stellen. Kurz: die drei Is.

INNOVATION

Die neue Regierung muss eine Innovationsregierung sein, die technische Innovationen vorantreibt, mit gutem Beispiel vorangeht und den Staat selbst reformiert – flankiert von den Universitäten und Forschungseinrichtungen ebenso wie vom Mittelstand, von den Großunternehmen, von Startups und Sozialunternehmer:innen sowie von der öffentlichen Verwaltung. Dazu gehören auch nicht-technische, soziale

Innovationen. Verwaltung und Justiz müssen schneller, leistungsfähiger und überzeugender werden, servicefreundlicher, bürgernäher, weit-sichtiger. Der „moderne Staat“ ist dann selbst Thema der Regierungsarbeit. So lässt sich auch die alte Debatte zwischen „mehr“ und „weniger“ Staat auflösen – es geht zuallererst um den bes-seren, den schnelleren, vorsorgenden und part-nerschaftlichen Staat.

„Der „moderne Staat“ muss selbst Thema der Regierungsarbeit werden. So lässt sich auch die alte Debatte zwischen „mehr“ und „weniger“ Staat auflösen – es geht zuallererst um den besseren, den schnelleren, vorsorgenden und partnerschaftlichen Staat.“

Demokratie & Klimakrise: Innovative Instrumente für drei Spannungs-Dimensionen

Auf mindestens drei Ebenen besteht zwischen unserer Demokratie und der Klimakrise ein Spannungsverhältnis. Für sie gilt es konstruktive Instrumente zu entwickeln:

Geschwindigkeit: *Während die Demokratie per se langsam zu großen Veränderungen kommt, verläuft die Klimakrise schnell und erzeugt massiven Handlungsdruck. Es scheint sinnvoll, Zeit bei administrativen Planungsverfahren zu sparen, nicht aber bei gesellschaftlichen Diskussionen über die sozialverträgliche Form der künftigen Klimapolitik. Ein wichtiger Hebel: Verwaltungskultur und - digitalisierung.*

Geografie: *Während demokratische Prozesse zumeist national organisiert sind, ist die Klimakrise ein globales Phänomen. Ideen wie die eines internationalen Klimaklubs (der Willigen) sind sinnvoll, genauso wie Vorschläge zur Unterstützung von sog. Entwicklungsländern auf dem Weg zur Klimaneutralität. In einem Europa der zwei Geschwindigkeiten könnten zudem bindende Verträge geschlossen werden.*

Generationen: *Demokratien richten sich tendenziell nach den Bedürfnissen der Lebenden, genauer der wählenden Erwachsenen. Die Auswirkungen der Klimakrise treffen jedoch vornehmlich Jüngere und zukünftige Generationen. Ein Wahlrecht ab 16 sowie ein beratender Zukunftsrat oder Obfrauen und -männer für zukünftige Generationen könnten dazu beitragen, ihnen eine stärkere Stimme zu geben.*

Die deutsche Wirtschaft hat längst erkannt, dass ihre Zukunft in klimaneutralen Produkten, Dienstleistungen und Produktionsprozessen liegt. Die notwendige Transformation hin zu einer klimakompatiblen Wirtschaft in einem Zeitraum von nur etwa 20 Jahren zu schaffen, ist eine gigantische Herausforderung. Gleichzeitig sind viele Arbeitnehmer:innen verunsichert, was diese neue industrielle Revolution für ihre Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen bedeutet. Die zentrale Aufgabe der neuen Regierung muss

es deshalb sein, eine breite Allianz zwischen Arbeitnehmer:innen und Wirtschaft zu bilden, der es darum geht, Innovation, Ökologie und attraktive Arbeitsplätze miteinander zu vereinen.

Im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Reformen wird auch über das Spannungsverhältnis von Datenschutz und Datensicherheit zu reden sein: Wir haben traditionell in Deutschland ein besonders kritisches Verhältnis zum Umgang mit unseren persönlichen Daten. Doch in der

öffentlichen Verwaltung, im Gesundheitswesen wie überhaupt in der gesamten Digitalwirtschaft erweisen sich unsere Datenschutz-Koordinaten immer wieder als Hemmnis. Und das in einer Welt, in der Daten zu einem der zentralen ökonomischen Wachstumstreiber geworden sind. Nur in Deutschland bisher nicht.

INVESTITION

Eine Politik der Innovation und Erneuerung ist nur mit massiven Investitionen möglich: zum einen in die Infrastruktur der Grundversorgung als „Basis der Lebensqualität für alle“ (Andreas Reckwitz); zum anderen in eine Infrastruktur für klimaneutrales und umweltgerechtes Wirtschaften, so dass dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen Rechnung getragen und gleichzeitig die Grundlage für den Erhalt eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstands geschaffen wird. Solche vorsorgenden Investitionen sind weitaus günstiger als die spätere Repa-

ratur von Folgen sozialer Ausgrenzung oder auch ökologischer Grenzen. Der Zugang aller zu zentralen öffentlichen Gütern lässt sich nur erreichen, indem öffentliche Institutionen gestärkt und erneuert werden. Bei öffentlichen Institutionen handelt es sich nicht nur um die Kernverwaltung, sondern auch um Räume, in denen Menschen öffentliche Güter in Anspruch nehmen: Kitas, Schulen und Hochschulen, öffentliche Parks und der öffentliche Nahverkehr, Jugendzentren und Kulturhäuser, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Stadtteilzentren und Jobcenter.

„Eine Politik der Innovation ist nur mit massiven Investitionen möglich: zum einen in die Infrastruktur der Grundversorgung als „Basis der Lebensqualität für alle“; zum anderen in eine Infrastruktur für klimaneutrales und umweltgerechtes Wirtschaften.“

Angleichung der Lebensverhältnisse im strukturschwachen Raum: Geld, Gestaltungsmacht und Gehör

Eine wichtige Herausforderung für die neue Koalition wird es sein, in Zeiten der ökologischen Überlebensfähigkeit regionale Ungleichgewichte in den Blick zu nehmen. Etwa ein Sechstel der Deutschen lebt in strukturschwachen Regionen, in denen die Zeichen des Wandels nicht immer auf Fortschritt stehen. Hier wünschen sich die Menschen eine Politik der regionalen Aufwertung durch die Stärkung lokaler Infrastruktur und Perspektiven für junge und alte Bevölkerungsschichten gleichermaßen. Wir müssen die Menschen in den betroffenen Regionen zu Gestalter:innen des Wandels machen und dabei insbesondere in die lokale Wirtschaft investieren. Dabei gilt es, den finanziellen Spielraum der Kommunen zu erweitern (z.B. durch Reform der Steuererlegung, Bonussysteme mit sozialen und ökonomischen Indikatoren oder Altschulden-Übernahme für strukturschwache Regionen). Dazu gehört auch, den Bürger:innen vor Ort mehr Einfluss und Gehör zu geben (Gestaltungsmacht & Gehör), etwa durch mehr direkte Mitsprache in Form von vorschlagsberechtigten Gremien, die breite Teile der regionalen Gesellschaft repräsentieren (z.B. bei der Ausgestaltung des Strukturstärkungsgesetzes).⁷ Dazu gehört auch eine umfassendere Repräsentation und Sichtbarkeit von Ostdeutschen mit ihren umfassenden Transformationserfahrungen.

⁷ Siehe Paulina Fröhlich/Tom Mannewitz/Florian Ranft, Die Übergangenen: strukturschwach & erfahrungsstark. Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation, Das Progressive Zentrum & Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin; Bonn 2021, abrufbar unter: <https://www.progressives-zentrum.org/die-uebergangenen/>

Das Ziel müssen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sein. Versprechen gab es in dieser Hinsicht bisher viele, es muss Anspruch einer Reformregierung sein, den Absichtserklärungen zeitnah konkrete erste Schritte folgen zu lassen. Dazu gehören unter anderem Investitionen in Breitband- und Mobilfunknetze, in die Ladeinfrastruktur, in Energie- und Stromnetze, in schnelle und reaktivierte Bahnstrecken und vernetzte Mobilität. Diese Investitionen sind nicht nur elementar für gleichwertige Lebensverhältnisse und sozialen Zusammenhalt, sie sind auch die Voraussetzung für eine klimagerechte Industriepolitik und damit auch für eine erfolgreiche deutsche Exportwirtschaft.

INTEGRATION

In den politischen Zukunftsdebatten der Vergangenheit stand häufig die Ökonomie im Mittelpunkt. Es ging um das Verhältnis von nachfrage- und angebotsorientierter Politik, um Wirtschaftswachstum oder – unter dem Eindruck hoher Arbeitslosigkeit – die Mechanismen des Beschäftigungsmarktes. Diese Fragen bleiben zweifellos wichtig, haben jedoch bis auf die zentrale Frage nach der Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation an absoluter Dringlichkeit verloren. Beispielsweise kam es in der makro-ökonomischen Debatte bei der “Schwarzen Null” in Zeiten niedriger Zinsen zu einer deutlichen Diskursverschiebung, es bleibt jedoch die Schuldenbremse, die die fiskalpolitische Flexibilität der Koalition einschränkt. Auch ist die Arbeitslosigkeit wesentlich niedriger als etwa zu Beginn der 2000er Jahre. Heute wird sich die Zukunft Deutschlands nicht mehr allein

an wirtschaftspolitischen Fragen entscheiden, die maßgeblich mit der Bekämpfung der Klimakrise verbunden sind – sondern auch daran, dass politische Reformen die Gesellschaft nicht stärker spalten.

„Die Zukunft Deutschlands wird sich nicht mehr allein an wirtschaftspolitischen Fragen entscheiden. Sondern auch daran, dass politische Reformen die Gesellschaft nicht stärker spalten.“

Ökonomischer Erfolg, sozialer Zusammenhalt, ökologische Politik, individuelle Freiheit – diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn in der Gesellschaft Vertrauen existiert, wenn Diskriminierung und Rassismus zurückgedrängt werden, wenn eine Offenheit für unterschiedliche Biografien besteht und – auf dieser Basis – gemeinsame Grundregeln diskutiert und akzeptiert werden. Wenn sozialer Aufstieg möglich ist und Neuankömmlinge schnell integriert werden können. Es ist unstrittig, dass wir angesichts der demografischen Entwicklung und des Arbeitskräftemangels viel mehr Zuwanderung und begleitende Integration benötigen. Zuwanderung ist auch zwingend notwendig, um unsere Sozialversicherungssysteme künftig finanzieren zu können. Andernfalls wird Deutschland das derzeitige Wohlstandsniveau nicht halten können. Voraussetzung dafür ist jedoch eine neue Politik der Inklusion und Integration.

Vorsorgender Sozialstaat 2.0: Mut zu systemischen Reformen

Eine ökologische Transformation der Industriegesellschaft wird ohne einen proaktiven, befähigenden Sozialstaat nicht funktionieren. Dafür muss auch der Sozialstaat hinsichtlich seiner Finanzierung, seiner Zugänge, seiner Infrastruktur und seiner Leistungen auf den Prüfstand. Denn angesichts der mit der Transformation verbundenen Zumutungen auf dem Arbeitsmarkt, veränderter Familienstrukturen, unzureichender Integration von Sozial- und Bildungspolitik, der neuen Herausforderungen in der Wohnungspolitik und nicht zuletzt der demografischen Strukturverschiebungen kann der Sozialstaat ohne weitreichende Reformen seine produktive Rolle nicht wahrnehmen. Ein solcher Sozialstaat muss weit über die bereits verabredete Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und einer Reform der Arbeitslosenversicherung hinausgehen und auf systemischer Ebene ansetzen – bei der Rente, auf dem Arbeitsmarkt, in der Pflege und Gesundheit. Er muss vor allem proaktiv und vorsorgend wirken.

Nicht zuletzt bei der Rente herrscht Handlungsbedarf. Der demografische Wandel und die Überalterung der Gesellschaft bedrohen das Versprechen einer "sicheren Rente" und das Prinzip der Generationengerechtigkeit.⁸ Im Jahr 2020 musste der Bund die gesetzliche Rentenversicherung mit 100 Milliarden Euro subventionieren.⁹ Notwendig sind neue Hebel, damit breite Bevölkerungsschichten im Alter mehr Geld zur Verfügung haben. Beispielsweise könnte die Einführung der so genannten Aktienrente einen zukunftssträchtigen Paradigmenwechsel einläuten. Die Ampel sollte sich vornehmen, eine grundlegende Verständigung über zentrale rentenpolitische Fragestellungen zu erzielen.

⁸ Siehe Marcel Fratzscher, Ohne Rentenreform keine Generationengerechtigkeit, 09. Juli 2021, abrufbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-07/gesetzliche-rente-deutschland-rentenreform-demografischer-wandel-generationengerechtigkeit-rentenversicherung/seite-2>

⁹ Siehe Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg Essen, Bundesmittel an die gesetzliche Rentenversicherung 2020, Duisburg-Essen 2021, abrufbar unter: <https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Alter-Rente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII35.pdf>

Zu einer neuen Politik der gesellschaftlichen Integration gehört der Einsatz für Anti-Diskriminierung und ein liberales Einwanderungsrecht. Gleichermäßen gehört dazu, Aufstiegschancen für alle zu organisieren, Kinder aus einkommensarmen Familien zielgenau zu unterstützen, verlässliche Renten zu garantieren und auch Selbständige im Alter ordentlich abzusichern.

Zur Politik gesellschaftlicher Inklusion zählt schließlich ein neuer Familienbegriff, der der Vielfalt der deutschen Gesellschaft Rechnung trägt. Gerade in diesen gesellschaftspolitischen Fragen besteht eine große Übereinstimmung der fortschrittsorientierten Ampel-Parteien, die gleichzeitig auf breite Zustimmung in der Gesellschaft trifft.

MODERNES REGIEREN: EINE SACHE DER KOOPERATION

Ein politischer Neuanfang ist immer auch eine Frage der Form und des Stils. Der erste Eindruck zählt. Vom ersten Tag an sollte die Koalition der progressiven Mitte tatkräftig, kooperativ und konstruktiv zusammenarbeiten.

Ein diskursiver, wertschätzender und kooperativer Stil prägt das Vertrauen untereinander und im Verhältnis zu den Bürger:innen. Um die Bevölkerung für neue Wege, Ideen und Konzepte zu gewinnen, bedarf es eines Politikansatzes mit neuen Formen der politischen Steuerung. Das könnte mit einem "offeneren" Koalitionsvertrag beginnen, in dem politische Vorhaben weniger entlang einer detaillierten Planlogik, als vielmehr über realistische und quantifizierbare Ziele samt konkreter Meilensteine vereinbart werden. Die genauen Instrumente, um diese Ziele zu erreichen, könnten dann im Verlauf der Regierungsarbeit entwickelt werden. Dies gilt besonders für Querschnittsthemen und

politische "Missionen" (Mariana Mazzucato), an denen unterschiedliche Ressorts gemeinsam arbeiten. Ebenso gilt dies für eine Orientierung der Regierungspolitik an den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs) beziehungsweise der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Um das Vertrauen in die Legitimität staatlicher Politik zu stärken, muss die Rolle von Bürger:innen und Expert:innen bei einer modernen Regierungsagenda mitgedacht werden. Sinnvoll wären von der Politik initiierte repräsentative Formate, die bei komplexen Entscheidungen stärker die Sicht und Erfahrungen der Betroffenen einbeziehen. So ließen sich zum einen breite und facettenreiche öffentliche Debatten anstoßen, zum anderen die Ergebnisse und Empfehlungen besser in die Öffentlichkeit kommunizieren.

EINE KOALITION, DIE ETWAS BEWEGEN KANN

Wer morgen gut und sicher leben will, muss jetzt für Bewegung sorgen: Die Bürger:innen wollen den Aufbruch wagen, von dem sie schon lange wissen, dass er notwendig und richtig ist. Gefragt sind Fortschritt mit Augenmaß und Pragmatismus. Wenn dies der Fortschrittskoalition gelingt, könnte sie ein Bündnis des Aufbruchs werden:

- als **Koalition der Innovation**, die den Umbau der Industriegesellschaft verbindet mit neuen Arbeitsplätzen und klimagerechten Wettbewerbsfähigkeit.
- als **Koalition für effektive Klimapolitik und den Schutz der Biodiversität**, die gesetzte Ziele endlich ernst nimmt und dabei auch technische Innovationen und moderne Infrastruktur einbezieht.

- als **Koalition für einen modernen Staat**,¹⁰ die endlich die öffentliche Verwaltung digitalisiert und Planungsverfahren beschleunigt, um die nötige Geschwindigkeit bei den nun richtungsweisenden Entscheidungen zu gewährleisten.
- als **Koalition, die sich für Benachteiligte engagiert**, etwa durch die Förderung von Lebenschancen, bessere Bildung, eine qualitativ bessere Unterstützung für Kinder aus bildungsfernen Familien und Altersabsicherung für Selbständige.
- als **Koalition einer offenen Gesellschaft**, die die Integration Einzelner in unserer Gesellschaft effektiv fördert, gegen Diskriminierung und Rassismus kämpft und Diversität lebt.
- als **Koalition der Anerkennung und Mitgestaltung**, die sich für eine Gesellschaft des Respekts einsetzt, die Leistung, Anstrengung und Engagement auf allen Ebenen nicht nur anerkennt, sondern auch belohnt und demokratische Strukturen und Prozesse (Wahlalter, Bürgerbeteiligung oder eine bürgernahe Verwaltung) zeitgemäß erneuert.
- als **Koalition mit internationaler Ausrichtung und Strahlkraft**, die Reformen mutig da angeht, wo es notwendig ist (etwa in der Klima- und Digitalpolitik) und somit für andere europäische Länder als Beispiel für eine erfolgreiche Politik des Fortschritts steht und einen neuen Geist des Aufbruchs auch in anderen europäischen Ländern und auf EU-Ebene entfachen kann.

Öffentlichkeit und Medien, ja, die ganze Gesellschaft begleiten den Start dieser neuen Koalition mit enormen Erwartungen. Die potenziellen Regierungspartner haben diesen Erwartungen in den Sondierungs- und Koalitionsgesprächen mit Professionalität und Ernsthaftigkeit entsprochen. Der Problemdruck ist hoch. Die anstehenden Aufgaben sind mit dem Aufbau Ost vergleichbar.

Nach 16 Jahren des Abwartens und Verharrens muss von dieser Koalition nun ein Neustart und eine eindeutige Zukunftsorientierung ausgehen. Das betrifft die Inhalte, den politischen Stil und das Umsetzungstempo. Das muss der Anspruch einer Fortschrittskoalition sein, und er wird ihr alles abverlangen. Zugleich ist der Kraftakt eine historische Chance - für Deutschland, aber auch für die drei Parteien selbst. Diese Chance muss jetzt genutzt werden.

„Von dieser Koalition muss ein Neustart und eine eindeutige Zukunftsorientierung ausgehen. Das betrifft die Inhalte, den politischen Stil und das Umsetzungstempo.“

¹⁰ Siehe Patrizia Nanz/Julia Borggräfe/Anke Hessel/Jan-Ole Beyer/Engel Hessel/Katharina Hölzle/Thurid Hustedt/Anne-Gaëlle Javelle/Thomas Krause/Rafael Laguna de la Vera/Christina Lang/ Dirk Meyer/Jörg Müller-Lietzkow/Frank Nägele/Michael Pachmajer/Markus Richter/Jascha Rohr/Benjamin Seibel/Kathrin Thomaschki/Ulrich Weinberg/Sven Weizenegger, Eine moderne Verwaltung ist Voraussetzung für Deutschlands Zukunftsfähigkeit und Demokratie: Acht Handlungsfelder für die nächste Bundesregierung, 11. Oktober 2021, abrufbar unter: <https://zenodo.org/record/5560895#.YWPzJS8Roqw>

AUTOR:INNEN

Autor:innen des vorliegenden “Fortschritt mit Geschwindigkeit 2022+” Papiers sind die Mitglieder des Vorstands und der operativen Leitung des Progressiven Zentrums (in alphabetischer Reihenfolge):



Paulina Fröhlich ist Mitglied im Leitungsteam des Progressiven Zentrums.



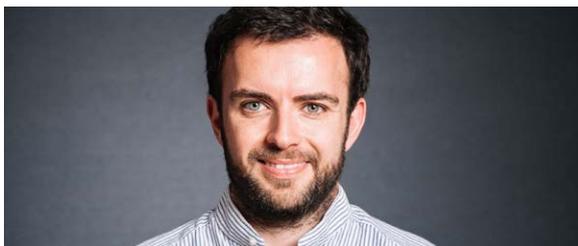
Thomas Kralinski ist Vorstandsmitglied des Progressiven Zentrums und ehemaliger Chef der Staatskanzlei in Brandenburg.



Michael Miebach ist Vorsitzender des Progressiven Zentrums.



Katarina Niewiedzial ist Vorstandsmitglied des Progressiven Zentrums und Integrationsbeauftragte des Senats von Berlin.



Florian Ranft ist Mitglied im Leitungsteam des Progressiven Zentrums.



Dominic Schwickert ist Geschäftsführer des Progressiven Zentrums.



Judith Siller ist Zweite Vorsitzende des Progressiven Zentrums.

Wir danken u.a. folgenden Personen aus dem Netzwerk des Progressiven Zentrums für die wertvollen Anmerkungen (in alphabetischer Reihenfolge): Tobias Dürr, Christopher Gohl, Anke Hassel, Johannes Hillje, Horand Knaup, Josef Lentsch, Hedwig Richter, Wolfgang Schroeder, Sabrina Schulz, Jens Südekum. Die Ansichten in dieser Publikation geben nicht notwendigerweise die Meinung aller Mitwirkenden wieder.

„PROGRESSIVES REGIEREN 2022+“

Das vorliegende Papier „Fortschritt mit Geschwindigkeit 2022+“ bildet den Neustart für die „Progressives Regieren“-Publikationsreihe des Progressiven Zentrums. Das Ziel des Vorhabens „Progressives Regieren 2022+“ ist es, die Politik der neuen Bundesregierung konstruktiv-kritisch zu begleiten, Leerstellen fortschrittlicher Politik zu identifizieren

und konkrete politische Reformvorschläge zu erarbeiten. Auf <https://www.progressives-zentrum.org/progressives-regieren-2022plus> werden wir ab Anfang 2022 in loser Abfolge Impulsbeiträge von Autor:innen aus Wissenschaft, Publizistik und Politik veröffentlichen, die Anforderungen an eine progressive Politik in Deutschland formulieren.

ÜBER DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Berliner ThinkTank. Ziel ist es, gemäß dem Dreiklang „Vordenken – Vernetzen – Streiten“ evidenzbasierte Politikideen und praxisorientierte Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und öffentlich zu debattieren. Wir möchten mit unserer Arbeit dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteur:innen unterschiedlicher Herkunft für den ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu stiften.



IMPRESSUM

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN: 978-3-96759-019-7

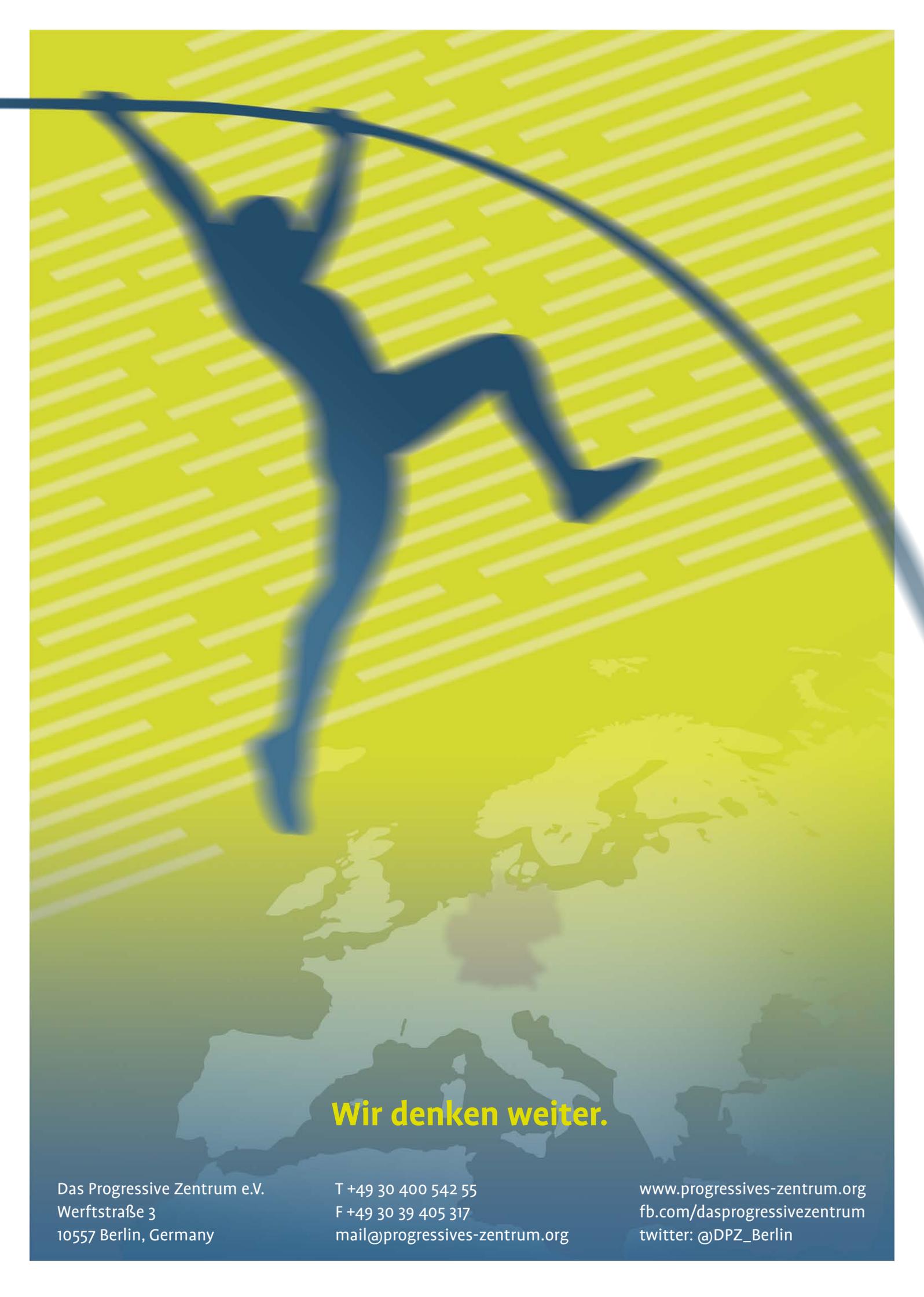
© Das Progressive Zentrum e.V., November 2021

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3 | 10577 Berlin

Vorsitzende: Michael Miebach, Judith Siller,
Thomas Kralinski, Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats:
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org

Layout: Selin Estroti



Wir denken weiter.

Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3
10557 Berlin, Germany

T +49 30 400 542 55
F +49 30 39 405 317
mail@progressives-zentrum.org

www.progressives-zentrum.org
fb.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin